Ausschussmitglied Becker fragt, ob die Ausdehnung der Gebietsabgrenzung zu einer zeitlichen Verzögerung führen könne. Sollte dies der Fall sein, solle das Gebiet östlich des Sportplatzes aus der Betrachtung herausgenommen werden. Zudem fragt er wieso das bisherige Büro nicht namentlich genannt und direkt weiter beauftragt werde.

Frau Tillmann erläutert, dass sich das Betrachtungsgebiet im Verlauf des Prozesses möglicherweise schärfen und verringern wird, es aktuell aber keinen Einfluss auf den zeitlichen Ablauf des Prozesses habe. Die fehlende namentliche Erwähnung hänge mit Vergaberichtlinien zusammen.

Die Verwaltung wird zur Ratssitzung über das Ergebnis berichten.

Ausschussmitglied Becker hält es für möglich ggf. den Prozess der Zukunftswerkstatt und des InHK von einer späteren Projektsteuerung zu trennen und ggf. unterschiedliche Büros zu beauftragen.

Ergänzend zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Antrag der CDU-Fraktion vor. Es besteht Einvernehmen, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass die Flächen westlich des Sportplatzes als geeigneter Standort gesehen werden. Das Wort „besonders“ wird gestrichen.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den geänderten Antrag abstimmen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Rahmen des integrierten Handlungskonzepts für den Ortsteil Birk Flächen für den Neubau eines Seniorenheims sowie einer Kindertagesstätte vorzusehen und diese im Rahmen der Planungen entsprechend auszuweisen. Als ein geeigneter Standort hierfür, an dem eine zügige Realisierung möglich wäre, wären Flächen angrenzend an den neuen Schulstandort der Grundschule Birk westlich des Sportplatzes zu untersuchen.

Abstimmungsergebnis: Ja 16

Außerdem lässt er über die Verwaltungsvorlage abstimmen:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Der Rat beschließt, ein Integriertes Handlungskonzept für den Ortsteil Birk zu erstellen, um die Funktionsfähigkeit des Ortsteils mit Blick auf die verschiedenen Wohnformen, Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen und das Ortsbild zu erhalten und zu steuern. Mit der Aufstellung des Integrierten Handlungskonzeptes soll zudem die Voraussetzung für die Gewährung Mitteln im Rahmen der Förderprogramme der Städtebauförderung erlangt werden.